

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weiksen.

Postkassentor: Dresden 188.  
Circulaf Nr. 82.

Nr. 234.

Mittwoch, 7. Oktober 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Uchtlänge Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Relationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftskasse: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Der zweite Verhandlungstag in Locarno.

### Vom Sinn des Geschehens.

In Locarno marschiert man vorläufig noch mit gedämpftem Trommelklang. Der deutsche Reichsaußenminister ist einen Tag lang durch eine Erkrankung an der Arbeit verhindert gewesen. Es handelt sich in diesem Falle nicht um ein diplomatisches Weiden, sondern tatsächlich um eine Erkrankung, die durch den Klimawechsel hervorgerufen ist. Dr. Stresemann ist, wie jeder weiß, der ihn kennt, häufig von derartigen Anfallen geplagt. Inzwischen haben sich die Juristen ans Werk gemacht. Ueber Einzelheiten der Verhandlungen wird diesmal, im Gegensatz zu früheren Konferenzen, außerordentlich wenig bekannt. Hat man sich doch auf strenge Vertraulichkeit geeinigt und die Innehaltung einer gewissen Linie vereinbart. Man will möglichst ohne das Trommelgeräusch der öffentlichen Meinung von draußen her und von den verschiedensten Richtungen her in Ruhe zunächst die sachliche Vorarbeit leisten. Zweck soll der Westpakt unter Dach gebracht werden, bevor man an die Diskussion herangeht. Das Erscheinen des tschechischen und polnischen Außenministers hat daher selbst auf der Gegenseite nicht durchweg besondere Begeisterung ausgelöst. Von besonderem Interesse ist die englischerseits angestellte Frage, ob durch den Westpakt das zwischen Frankreich und Belgien abgeschlossene Militärabkommen erledigt ist. Durch diesen Pakt wird das Eingreifen Belgiens ja sowieso festgelegt, sobald es sich um einen Angriff von Deutschland her handelt. Sollte dagegen Frankreich der Angreifer sein, so müßte Belgien nach dem Pakt gegen Frankreich marschieren, das doch durch ein Sonderabkommen an Frankreich gebunden ist. Die Aufrollung dieses Problems zeigt blühend, wie sehr das System besonderer Militärabkommen, wie es von Frankreich zur Aufrechterhaltung seiner Oberherrschaft in Europa ausgebaut worden ist, eine schwere Gefährdung aller politischen Sanierungspläne bedeutet.

Die juristischen Sachverständigen haben sich nach Erledigung einiger nicht mehr strittiger Punkte sogleich auf den § 18 des Völkerbundesstatutes gekürzt. Der Form nach kann natürlich nur der Völkerbund selbst in dieser Frage eine Entscheidung treffen und Ausnahmen zulassen, wie sie seinerzeit der Schweiz gegenüber zur Anwendung gelangt sind. In der Sache kann man aber wohl den Völkerbund mit den in Locarno anwesenden Vertretern der Ententemächte gleichsetzen, sodaß etwa im Konton Tessa gefasste Beschlüsse auch im Konton Genf Gültigkeit haben dürften. Es handelt sich für die Juristen darum, eine geeignete Formel zu finden, in der zwischen dem Westpakt und den Völkerbundesabkommen im Sinne der deutschen Wünsche ein Ausgleich geschaffen wird.

Diese in verhältnismäßiger Ruhe vor sich gehende Vorarbeit ermöglicht es, sich noch einmal über die Grundgedanken der zu verfolgenden Politik und über den Sinn des gegenwärtigen Geschehens Rechenschaft abzulegen. Man will den vor sieben Jahren beendeten Krieg liquidieren und die Kriegsschulden beschränken, ohne doch die Beute zu gefährden. Die primitiven Methoden Poincarés sind vorbei. Englands Behandlungsform der besiegten Völker beginnt sich durchzusetzen. Der Unterlegene soll abtreten, was er nicht bezahlen kann, wirtschaftlich im Darnedabkommen, politisch in den Paktverhandlungen. Das ist eine Tatsache, an der auch die deutschen Kreise nicht vorübergehen sollten, denen die sogenannte Verhältnismäßigkeit Selbstzweck schlechthin ist. Gegen die neue Verklarungsform wendet sich diejenige Gruppe in Deutschland, die in den gegenwärtigen Verhandlungen nicht nur eine Milderung der Bewehrungsmöglichkeit, sondern auch des inneren Befreiungswillens Deutschlands sieht, und die eine weit ausfallende, wenn auch mit Opfern und Entschörungen verbundene, mit den außereuropäischen Ereignissen rechnende Politik verlangt. So sehr man mit dem Herzen dieser Gruppe zustimmen mag und so rühmlich optimistisch auch die Hoffnungen auf eine tatsächliche Versöhnung zwischen Samma und Wolf sind, muß doch die bittere Wirklichkeit in Rechnung gestellt werden. Die "politische Wochenchrift", die weichtanktisch und Stimmungsgemäß dieser genannten Gruppe sehr nahe steht, macht doch in ihrer letzten Nummer sehr beachtenswerte Einschränkungen hinsichtlich der tatsächlichen Eignung des gegenwärtigen deutschen Volkes für eine Befreiungs- und Entbehrungspolitik unter Verzicht auf augenblickliche Erleichterungsmöglichkeiten. Sie schreibt: "Die Jahre seit 1870 sind nicht parlos an der deutschen Seele vorübergegangen. Wir sind tief in jene fränke westliche Zivilisation verstrickt. Wir sind nicht entbehrungsstark genug und — was noch schlimmer ist — wir sind unserer Bestimmung innerlich nicht so ganz sicher, wie wir sein müßten, wenn wir imstande sein sollten, dem Freiheitsgedanken alles zu opfern." Sind doch auch die Wirtschaftskreise außerordentlich stark in die gegenwärtige Vertragspolitik verwickelt. Industrie und Bankkapital ist auf ausländische Anleihen angewiesen. Auch die Landwirtschaft, die Hauptträgerin konservativer Staatsmeinung, braucht für die Rentenabfertigung die amerikanischen Anleihen.

Trotzdem muß man sich mit aller Deutlichkeit klar machen, daß die ungeheuren Spannungen, die nicht von gestern und vorgestern her, sondern seit Jahrhunderten zwischen den Völkern bestehen, nicht irgendwie durch eine Europa-G. u. V. O. wie ein Wirtschaftskrieg "geschoben" oder gar, wie es wörtlich kürzlich in einer pazifistischen

Zeitung hieß, "aufgezogen" werden können. Die Verhandlungen in Locarno dürfen auf keinen Fall zu Bindungen führen, die unsere nationale und volkswirtschaftliche Zukunft verbieten. Deutsches Land und deutsches Volk irgendwo jenseits der Grenzen darf niemals für alle Zeiten wenn auch nur formal preisgegeben werden. Was und gegenwärtig Mittel zum Zweck sein kann, darf niemals nach dem Buche und im Sinne des Siegerkonzerns Selbstzweck und Endzweck der Entwicklung werden.

### Die gestrige Nachmittagsitzung in Locarno.

Locarno. Die auf den Nachmittag verschobene Sitzung begann um 4.30 Uhr. Kurz vor ihrem Beginn trafen in schneller Reihenfolge die einzelnen Delegationen ein, als erste die englische, dann die französische, die belgische und die deutsche, zum Schluß die Italiener. Dr. Stresemann, der noch ein wenig angegriffen aussieht, scheint sich jedoch schon wesentlich erholt zu haben. Die Sitzung dauerte bis nach 8 Uhr. Bei der Absahrt erklärte Dr. Stresemann, daß auf beiden Seiten der feste Wille vorhanden sei, zu einer Einigung zu gelangen. Die Arbeiten der Sachverständigen beschränkten sich bisher im wesentlichen auf diejenige Artikel des Vertragsentwurfes, über die bereits eine grundsätzliche Einigung zustande gekommen ist, für die aber heute noch nach einer genaueren Formulierung gesucht werden mußte.

### Ein amtliches Kommuniqué der Delegierten.

Locarno. Nach der gestrigen Konferenz wurde von den Delegierten folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

Die Konferenz trat nachmittags um 4.30 Uhr zum zweiten Male zusammen. Es wurde die Erörterung des Paktentwurfes fortgesetzt, indem Fragen erörtert wurden. Diese Fragen wurden einer Generaldiskussion unterworfen, die am Mittwoch 4 Uhr nachmittags fortgesetzt werden soll.

### Die Beratung der Sachverständigen.

Berlin. Wie wir erfahren, werden die Beratungen der juristischen Sachverständigen in Locarno voraussichtlich schon in vier bis fünf Tagen beendet sein. Die Tatsache, daß bereits einige Artikel des von den Juristen in London ausgearbeiteten Paktentwurfes angenommen worden sind, und daß in sehr wichtigen Punkten eine Uebereinkunft unmittelbar bevorsteht, läßt auf einen günstigen Fortgang der Juristenbesprechungen schließen. Der Beratungskreis der Juristen ist in drei Kategorien eingeteilt:

1. Fragen, über die ohne weiteres Verständigung erzielt werden kann.
2. Fragen, die einer nochmaligen juristischen Ueberprüfung bedürfen.
3. Fragen, die für die große politische Diskussion notwendig sind.

Die juristischen Sachverständigen werden ihrerseits einen völlig selbständigen Beschluß zu fassen haben, der den Hauptdelegierten eingehend mitgeteilt werden wird. Auf Grund dieses juristischen Beschlusses wird dann die Diskussion über den Paktentwurf selbst beginnen.

### Minister Stresemann wieder gesund.

Ueber die plötzliche Erkrankung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann in Locarno erfahren wir von unterrichteter Stelle, daß es sich tatsächlich nur um eine typische Grippeerkrankung, die meist mit Fieber verbunden ist, gehandelt hat. Das Fieber war am Dienstag früh bereits geschwunden, sodaß die für den Nachmittag angekündigte Vollziehung der Konferenz bestimmt vorgehen werden konnte.

### Die Attentatsgerichte.

Den Attentatsgerichten, die aus Anlaß der Anwesenheit der deutschen Delegation in Locarno in der Welt herumgeschwirren, ist nach zuverlässigen Mitteilungen keine allzu große Bedeutung beizumessen. Es ist absolut nichts Ungeheuerliches, daß maßgebende Persönlichkeiten fortgesetzt eine große Anzahl von Zuschriften erhalten, die zum Teil wohlgemeinte Ratschläge geben wollen, zum Teil aber auch aus politischen Gründen unflätige Angriffe und sogar Drohungen aussprechen. Das Letztere ist besonders bei wichtigen politischen Angelegenheiten zu bemerken, wenn die maßgebende Politik in manchen Kreisen auf heftigen Widerstand stößt. Die deutschen Minister bewegen sich in Locarno vollkommen frei und alle Attentatsgerichte können nur im Hinblick auf die erwähnten Umstände bewertet werden.

### Eine Erklärung Briands.

Paris. (Zuspruch.) Die Agence Havas meldet aus Locarno: Nach der Ansicht der Allierten kann der Sicherheitspakt unverzüglich ratifiziert werden, er wird aber erst in Kraft treten, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes sein wird. In der gestrigen Nachmittagsitzung der Konferenz legte Briand dar, Frankreich sei der Auffassung, daß der Pakt kein Hindernis dagegen sei, daß Frankreich auf die Seite Polens und der Tschechoslowakei trete, falls Deutschland zur Gewalt seine Lust nicht nehme, obwohl es mit diesen beiden Mächten Schiedsverträge abgeschlossen hätte, die von Frankreich garantiert werden müßten. Chamberlain, Vandervelde und Scialoja stimmten den Darlegungen Briands zu.

### Frankreich fordert Durchmarschrecht.

Paris. (Zuspruch.) Der Sonderberichterstatter des "Matin" will erfahren haben, daß im Laufe der gestrigen Sitzung in Locarno bei Art. 5 des Paktentwurfes die Debatte über die Garantiefolge eröffnet wurde. Dieser Artikel besagt, wenn die Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei verletzt würden und wenn der Verletzer zu den Waffen griffe, dann sei die Rheinlandzone nicht mehr inkraftlos und Frankreich habe das gleiche Recht zu handeln wie im Falle eines direkten Angriffes.

Der "Matin" fügt hinzu, Briand habe gestern erklärt: Unsere Stellungnahme kann sich nicht ändern. Die Deutschen müssen sehen, wie sie es in einer für das Reich ausnehmbaren Formel zulassen, daß während einiger Jahre und in Erwartung der wünschenswerten Entspannung die Allierten noch gezwungen sind, ihre Defensivstellung aufrecht zu erhalten. Chamberlain habe während der Konferenz mit aufrichtiger Freundschaft zu Frankreich gesprochen.

### Außenminister Dr. Stresemann

Habe den Franzosen erklärt: Die Tatsache des Bestehens einer Allianz mit Polen fällt dem Sinn des Art. 5 des Rheinlandpakt. Ihr macht den Eindruck, als wenn Ihr eine zweiseitige Verpflichtung übernehmt, die darin besteht, sowohl Deutschland wie Polen im Falle eines Angriffs zu beschützen zu wollen. Sagt das Gesez Artikel 5. Sein Text ist nicht gegen Deutschland gerichtet, doch wenn man ihn mit dem französisch-polnischen Allianzvertrag vergleicht, ist es sehr klar, daß wir niemals gegen Polen marschieren werden, selbst wenn es hundertmal unrecht wäre, selbst wenn es Deutschland angriffe. Wir kommen deshalb zu dem Schluß, daß ein Schiedsgerichtsvertrag, bei dem von vorseheren eine Parteilichkeit in die Erscheinung tritt, zu unserem Schaden ist.

### Russolins Teilnahme an der Paktkonferenz.

Berlin. In den Berliner politischen Kreisen beschäftigt man sich sehr eingehend mit dem Entschluß des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini, sich nachträglich doch noch zur Sicherheitskonferenz nach Locarno zu begeben. Wie man hört, wird das Eingreifen Russolins in Locarno von entscheidender Bedeutung sein, und man nimmt an, daß zwischen den deutschen Hauptdelegierten Dr. Luther und Dr. Stresemann auf der einen und dem italienischen Ministerpräsidenten auf der anderen Seite eine sehr wichtige Fühlungnahme stattfinden wird.

### Zum deutsch-russischen Kreditabkommen.

Moskau. Die der Finanzkommissar Sokolnikoff einem Vertreter der Sowjettelegraphenagentur mitteilte, ist zwischen der Staatsbank der Sowjetunion und einer Gruppe deutscher Großbanken ein Kreditabkommen in Höhe von 75 Millionen Goldmark zustande gekommen. Dieser Bankkredit soll zusammen mit einem Handelskredit eine Warenzufuhr aus Deutschland in Höhe von 100 Millionen Mark ermöglichen. Der deutsche Kredit wird, wie Sokolnikoff erklärte, eine sofortige Erweiterung der Einfuhr von Maschinen und Gebrauchsgegenständen ermöglichen und zwar noch ehe Rußland aus seinen eigenen Ervorten Auslandswaluta erhält. Der deutsche Kredit soll den Anstoß zu einer Reihe großangelegter langfristiger Kreditabkommen der Staatsbank bilden. Die Sowjetunion mitteilte, befaßt sich der Budgetvoranschlag der Sowjetunion für das Finanzjahr 1925/26 auf 8 Milliarden 500 Millionen Goldrubel und ist somit um 40 Prozent höher als im Vorjahre. Der Finanzkommissar hofft, daß die Pause in den französisch-russischen Vorbesprechungen über die Schuldenfrage nicht allzulange dauern und durch das Zustandekommen eines französisch-amerikanischen und französisch-englischen Schuldenabkommens verkürzt werden wird. Die Bemühungen Rußlands um eine wirkliche Verständigung seien auf Widerstände gestoßen, deren Ursachen in den üblichen Schwankungen der französischen Politik zu suchen seien. Rußland zeige volle Bereitschaft, alle Zugeständnisse zu machen, die mit den Interessen des Volkes vereinbar seien.

Der Direktor der Russischen Staatsbank Tumanoff erklärte einem Vertreter der Sowjettelegraphenagentur, die Meldungen einiger deutscher Zeitungen zum Kreditabkommen beruhen auf Irrtum. Die Staatsbank habe mit dem Reichsfinanzministerium keinerlei Verhandlungen gepflogen. Gleichzeitig verwies Tumanoff auf einen gewissen Zusammenhang zwischen dem Kreditabkommen und den deutschen Reparationsleistungen: Da die Staatsbank die Kredite in Dollar zurückzahlt, werde die deutsche Staatskasse in diesem Umfang der Notwendigkeit überhoben, Wert gegen Dollar zu verkaufen, was günstig auf den deutschen Geldmarkt zurückwirken werde. Außerdem erweitere das Abkommen die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten. Die negative Seite des Abkommens bestehe in seiner Kurzfristigkeit, die allzu rasche Einkünfte voraussetze.